



KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN TRAUERN

Gedenkkundgebung in Mainz



Die Spitze des Gedenkaufzuges am
Ämterhaus in der Kaiserstraße in Mainz

Foto: Maja Schlicht

Unter dem Motto „in den Farben getrennt, aber in der Sache vereint“ sind am 4. April in Mainz Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland zu dem Gedenkaufzug mit Kundgebung zusammengekommen, um für die Demokratie und den Rechtsstaat einzutreten. Eingeladen hatte die GdP zusammen mit der DPoIG und dem Bund deutscher Kriminalbeamter Rheinland-Pfalz und etwa 1.000 Menschen haben hier gedacht.

Yasmin und Alexander waren aus Überzeugung und mit Leidenschaft Polizistin und Polizist. Für sie war es nicht nur ein Job. Für Yasmin und Alexander war der Polizeiberuf eine wirkliche Berufung wie für die meisten von uns. Eine Berufung, in der wir Verantwortung für andere Menschen, die Demokratie und den Rechtsstaat übernehmen. Yasmin und Alexander haben für diese Verantwortung ihr Leben gelassen.

Seit weit mehr als zwölf Jahren beklagen wir im gesamten Bundesgebiet die Zunahme von Gewalt, Respektlosigkeit und Diffamierungen unserem Berufsstand und den staatlichen Institutionen gegenüber. Dabei haben sich sehr deutlich wahrnehmbar Hemmschwellen verschoben, insbesondere im virtuellen Raum.

Dass diese schrecklichen Morde an Yasmin und Alexander passieren mussten, um die Gesellschaft endlich aufzurütteln. Dass dieser völkerrechtswidrige Krieg und Angriff Putins auf die Ukraine passieren muss, um endlich zu erkennen, dass es eben nicht

Politik und Medien war und ist sehr wichtig, aber dabei allein darf es nicht bleiben und das machen wir heute deutlich!

Wir sind als Polizei rund um die Uhr und vor allem nachts dort, wo sich der gesellschaftliche Bodensatz abspielt. Momente,

» Aus der Rede von Sabrina Kunz, Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz:

Polizistin oder Polizist – das ist kein Job, das ist unser aller Berufung!

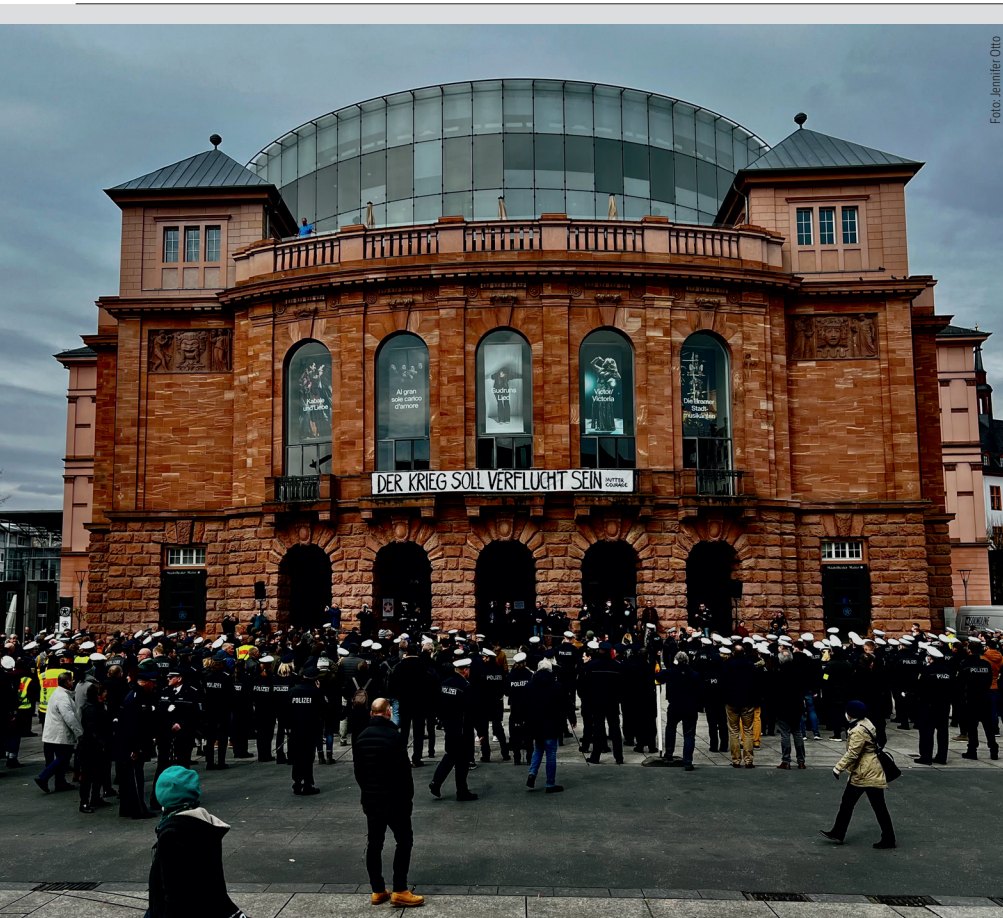
nur Gutmenschen auf der Welt und in unserer Gesellschaft gibt. Dies alles macht viele von uns so unendlich traurig und betroffen. Die Anteilnahme aus der Bevölkerung, aus

in denen wir Abgründe, Not und Elend erleben und auch, dass es Gruppen in unserer Gesellschaft gibt, welche den Staat und all seine Institutionen – im Netz und in der



”

Vielen Dank an alle, die in Mainz dabei waren, weite Wege auf sich genommen haben und mit uns zusammen gedacht haben. Tatsächlich haben sich auch Bürgerinnen und Bürger unter die Teilnehmenden gemischt, wie sie in Gesprächen geäußert haben oder im Nachgang auf den Social-Media-Kanälen mitgeteilt haben.



Die Kundgebung vor dem Mainzer Staatstheater

analogen Welt – in Gänze ablehnen. Wir erleben im Dienst Dinge, von denen viele Menschen glauben, dass es sie doch gar nicht geben kann.

Aus diesem Grund fordern wir die Politik auf, sich der Verantwortung, welche sich daraus ergibt, zu stellen und einen starken Staat zu präsentieren. Einen Staat, der sich zu wehren weiß, der all diesen Hass, all diese Hetze, diese Ablehnung, dieses menschenverachtende Tun, die Aufrüstung, Bewaffnung, Selbstjustiz ... nicht duldet, und einen starken Staat, der sich mit aller Konsequenz dagegenstellt und durchsetzt.

Wir fordern neben einer materiellen und personellen Stärkung der Polizei auch eine ernst gemeinte Diskussion über den Zustand unseres Rechtsstaates. In vielen Bereichen haben wir kein Regelungs- gleichwohl aber ein Vollzugsdefizit. Nach Ulmet fragen sich die Menschen in unserem Land, wie es sein kann, dass jemand so viele Waffen besitzt, obwohl er es gar nicht dürfte. Viele Kolleginnen und Kollegen fragen sich, wie es sein

kann, dass ein Straftäter nach einer Vielzahl von Straftaten immer noch nicht hinter Schloss und Riegeln ist.

Das Internet ist zwar kein rechtsfreier Raum, de facto aber ein weitgehend durchsetzungsfreier Raum. Die Ermittlungsinstrumente, die der Polizei zur Verfügung stehen, taugen wenig. Die Aufklärungsquote bei Delikten, die über das Internet begangen werden, sprechen eine deutliche Sprache. Mit dem Tode bedrohte Bürger:innen und Mandatsträger:innen erleben die Machtlosigkeit des Staates in seinen Bemühungen Straftaten aufzuklären, die in Anbetracht von technischen Verschleierungsmöglichkeiten und fehlender Vorratsdatenspeicherung kaum aufzuklären sind. Das Fehlen wirksamer staatlicher Intervention verunsichert Internetnutzer und ermutigt solche, die sich die Anonymität des Internets für kriminelle Machenschaften zunutze machen.

Dringende Hilferufe aus Justiz und Polizei, dass hier etwas geschehen muss, werden aus politischer Opportunität überhört.

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat sich mittlerweile zu einem überhöhten ‚Super-Grundrecht‘ entwickelt. Technische Eingriffe stehen in der Eingriffsschwelle auf der Stufe mit dem Schusswaffengebrauch. Selbst Routinemaßnahmen unterliegen zwischenzeitlich einem Richtervorbehalt. Ermächtigungsgrundlagen für Eingriffe sind komplex und nur noch schwer handhabbar; die Vorgaben des BVerfG kaum noch umsetzbar.

Wir alle verdienen es, dass darüber realistisch, offen und ehrlich diskutiert und Lösungen gefunden werden. Wir fordern einen offenen Dialog über die Schwächen unsers rechtsstaatlichen Systems und eine Abstellung dieser. Hierzu gehört auch eine Diskussion über den Zustand der Justiz, über den Zustand der Ordnungsbehörden, wie z. B. der Waffen-, Ausländer- und Versammlungsbehörden.

Wir brauchen und wollen einen gesellschaftlichen Rückenwind, welcher dem Staat – und insbesondere der Polizei – wieder mehr Wertschätzung, Anerkennung und Respekt verschafft. Einen Rückenwind, der stärkt. Die Kultur des ständigen Hinterfragens staatlichen und polizeilichen Tuns muss ein Ende haben. Natürlich müssen wir es als Polizei im Rechtsstaat aushalten, dass unser Tun auch hinterfragt wird. Und das tun wir auch. Aber dafür gibt es rechtliche Instrumente, die nicht von persönlichen Moral- und Meinungsvorstellungen Einzelner über polizeiliches Handeln dominiert werden.

Wir sind eine Bürgerpolizei, welche die Gesellschaft und die Menschen schützt und durchgreift, wenn es sein muss, weil es anders nicht mehr geht. Zu diesem Zweck müssen wir als Ultima Ratio Gewalt anwenden. Ob wir es nun wollen oder nicht ... ob man dies nun persönlich unterstützt oder nicht ... unsere rechtsstaatliche Ordnung sieht es ausdrücklich vor, dass der Staat die Menschen – zur Not unter Einsatz von Gewalt – schützt.

Wir – die Polizei – stehen für Recht und Ordnung; wir stehen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und sorgen jeden Tag 24 Stunden, sieben Tage in der Woche dafür, dass die Menschen sich in unserem Land sicher fühlen und dass sie sicher sind! Und wir tun dies als eine bunte, eine vielfältige und vor allem als eine durchsetzungsstarke Bürgerpolizei. **Sabrina Kunz**



RECHTSSCHUTZ

Was sind Impfschäden durch eine Coronaimpfung und wer zahlt dafür?

Unter einem Impfschaden im Sinne des Gesetzes versteht man „die gesundheitliche und wirtschaftliche Folge einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung durch die Schutzimpfung“. Zu ihnen zählen Herzmuskelentzündungen und Sinusvenen- oder Hirnthrombosen. Sie waren mit den Vakzinen von Moderna sowie von Astrazeneca und Johnson & Johnson in Verbindung gebracht worden. Nicht darunter fallen Impfreaktionen wie Kopfschmerzen, Schüttelfrost oder Fieber, die häufig auftreten. Wer sich mit einem in Deutschland zugelassenen Impfstoff gegen das Coronavirus hat impfen lassen oder noch impfen lässt, hat Anspruch auf Versorgung wegen gesundheitlicher Schäden durch die Impfung.

Impfung im polizeilichen Impfzentrum

Ist ein bei einer Impfung im polizeilichen Impfzentrum, die während der Dienstzeit stattfindet und deren Kosten der Dienstherr trägt entstehender Impfschaden ein Dienstunfall bzw. ein Arbeitsunfall?

Beamte

Das BVerwG hat 2013 entschieden, dass eine freiwillige durch den Dienstherrn organisierte Gripeschutzimpfung als eine dienstliche Veranstaltung anzusehen ist.

Nach § 42 Abs.1 LBeamtVG RLP steht auch die Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen unter dem Dienstunfallschutz. Dem Beamten obliegt es sodann, zu beweisen, dass ein Körperschaden aufgrund der Impfung eingetreten ist.

Anders ist dies bei privat durchgeführten Impfungen zu beurteilen. Diese stellen keine dienstliche Veranstaltung dar und können somit auch nicht als Dienstunfall anerkannt werden.

Tarifbeschäftigte

Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz urteilte 2021, dass eine durch den Arbeitgeber finanzierte und empfohlene Gripeschutzimpfung keinen Arbeitsunfall darstelle, der Ansprüche aus der gesetzlichen Unfallversicherung auslöst. Entscheidend sei, dass es keine Pflicht zur Teilnahme an der Impfung gab.

Eine Pflicht zur Teilnahme an Coronaimpfungen gab es nicht, sodass ein Arbeitsunfall nach dieser Rechtsprechung nicht vorliegt.

Auffangtatbestand: Ansprüche aus dem Infektionsschutzgesetz

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes wurde in § 60 IfSG klargestellt, dass für alle gesundheitlichen Schäden, die im Zusammenhang mit Schutzimpfungen eingetreten sind, die auf Grundlage der Coronavirus-Impfverordnung seit 27. Dezember 2020 vorgenommen wurden, bundeseinheitlich ein **Anspruch auf Entschädigung** besteht.

Für Impfschäden gelten die Regelungen des sozialen Entschädigungsrechts (Bundesversorgungsgesetz). Wer durch eine öffentlich empfohlene Schutzimpfung einen Impfschaden erlitten hat, erhält auf Antrag Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz. Dies ist in § 60 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) ausdrücklich geregelt. Die Beurteilung, ob eine im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung eingetretene gesundheitliche Schädigung durch die Impfung verursacht wurde, ist Aufgabe des Versorgungsamtes im jeweiligen Bundesland. In Rheinland-Pfalz ist dies das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in Mainz. Gegen eine ablehnende Entscheidung des Versorgungsamtes ist der Rechtsweg zu den Sozialgerichten möglich.

Für die Haftung zum Schutze der Geimpften vor schädlichen Wirkungen des Impfstoffes gelten darüber hinaus die all-



Anne Wiench kennt die Details bei dem Thema Impfschäden.

gemeinen Regeln. Je nach Einzelfall kommen verschiedene gesetzliche Haftungsregelungen in Betracht, zum Beispiel aus dem **Arzneimittelrecht**, dem **Produkthaftungsgesetz** sowie den **allgemeinen Haftungsregelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs**.

Die Ansprüche aus dem Bundesversorgungsgesetz ruhen, soweit Ansprüche aus der gesetzlichen Unfallversicherung oder den beamtenrechtlichen Vorschriften bzw. der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge bestehen.

Was ist zu tun, wenn ich von einem Impfschaden betroffen bin?

Beamte sollten einen Antrag auf Dienstunfall bei der ADD stellen (Achtung: Antragsfrist 2 Jahre!), wenn sie in einem polizeilichen Impfzentrum geimpft wurden. **Tarifbeschäftigte** und Beamte, die sich außerhalb eines polizeilichen Impfzentrums haben impfen lassen, müssen einen Antrag beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in Mainz stellen. **In beiden Fällen empfehlen wir GdP Mitgliedern sich zuvor durch die Juristen der GdP Geschäftsstelle beraten zu lassen, um die Anträge frist- und ordnungsgemäß zu stellen und eine ggf. erforderliche Rechtsvertretung im Widerspruchs- oder Klageverfahren sicher zu stellen.**

Anne Wiench



„ Der teilnehmende Kollege Kurt Freudenreich steuert diesen Tipp bei:
Einfach eine Kopie des Impfausweises
beim Hausarzt hinterlegen.

**Gegen diese Erkrankungen empfiehlt die STIKO
für Personen ab 60 Jahren eine Impfung:**

TETANUS	DIPHTERIE
KEUCHHUSTEN	PNEUMOKOKKEN
POLIO	HERPES ZOSTER
GRIPPE	COVID-19

DIE GdP-SENIORENGRUPPE HAT EINE „ONLINE-SPRECHSTUNDE“ MIT DR. STEPHAN BRILL ZUM THEMA IMPFEN ANGEBOTEN:

Nicht nur gegen COVID-19: Jede Impfung zählt!

„Echt erstaunlich, was man über Impfungen alles wissen und vermitteln kann.“ Diese Erkenntnis werden wohl alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der gelungenen Veranstaltung mit dem Chef der Zentralstelle für Gesundheitsmanagement der RP-Polizei gehabt haben. Es ging den Senioren darum, den Blick weit über das Thema hinaus auf alle anderen Impfmöglichkeiten zu lenken.

Als Erstes standen bei Dr. Brill allgemeine Fakten zum Thema Impfen auf dem Programm. Wie ist das mit den Impfabständen, gibt es einen Mindestabstand? Was tun bei ungeklärtem Impfstatus oder wenn der Impfausweis verloren wurde? Was sind Kontraindikationen, wie etwa Allergien, Immunschwächen oder akute Erkrankungen? Oder was sind scheinbare Kontraindikationen, wie banale Infekte oder die Behandlung mit Antibiotika? Auch das wurde im Vortrag des erfahrenen Mediziners klar: Die modernen mRNA-Impfstoffe sind weder Totimpfstoffe noch Lebendimpfstoffe, sondern eine vollkommen neue Entwicklung. Lebendimpfstoffe verursachen eine reale, aber sehr ab-

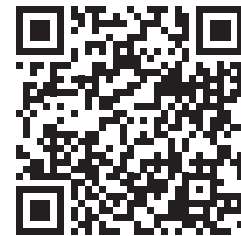
geschwächte Infektion und sind deswegen grundsätzlich nicht für immungeschwächte Personen geeignet. Einsatzgebiete sind Masern, Röteln, Windpocken oder Gelbfieber.

Immer den Arzt des Vertrauens fragen!

Dr Brill war der Hinweis wichtig, dass er nur einen allgemeinen Überblick geben könne. Im konkreten Einzelfall müsse der Impfentscheidung immer die Konsultation eines Arztes vorangestellt werden. Gleichwohl erläuterte er eingehend die Impfeempfehlungen der Ständigen Impfkommission (STIKO).

Im Mittelpunkt stehen hier vor allem die Impfungen gegen Grippe, COVID-19, Pneumokokken (Lungenentzündung) und Herpes Zoster (Gürtelrose).

Als ausgebildeter Reisemediziner gab er umfassend Auskunft zu den Impfmöglichkeiten und -pflichten bei Reisen in Risikogebiete. Bei den Themen FSME, Hepatitis (HBV und HAV), Typhus, Gelbfieber, Cholera und Tollwut wurde deutlich, wie weit das Feld der Reisemedizin ist. ■



Der Vortrag von Herrn Dr. Brill kann hier eingesehen oder heruntergeladen werden: Vorstand Seniorengruppe – Gewerkschaft der Polizei (gdp.de).



Die Organisatoren Margarethe Relet (rechts) und Bernd Becker (links) bedanken sich bei Dr. Stephan Brill mit dem obligatorischen GdP-Teddy (für Büro oder Enkel) und einem Schreibset für die „unbezahlbare“ Unterstützung.

Energiewende-was kann ich tun? Und dabei noch Geld sparen? Einladung zur Videokonferenz mit Nils Becker, Stadtökologe M.Sc., Energieberatung Rhein-Sieg am **19. Mai 2022, 15:00-17:00 Uhr**. Was erwartet euch? Photovoltaik, Wärmepumpe, Wasserstoff, E-Mobilität, Ausstieg aus Kohle, Gas und Atom, welche Technik wird staatlich gefördert? Nils Becker gibt einen Überblick und beantwortet eure Fragen.

Anmeldung unter: senioren-koblenz@gdp-rlp.de



„ Zitat der Veranstalterin, Cathy Tullius:

Der Akku muss regelmäßig aufgeladen werden, sonst geht irgendwann nichts mehr und wir sind „ausgebrannt“.

Wie ist eine Umsetzung in diese Richtung möglich und wer könnte mich unterstützen?



Foto: Cathrin Tullius

ONLINE-VERANSTALTUNG ZUM INTERNATIONALEN WELTFRAUENTAG AM 8. MÄRZ 2022 IM POLIZEIPRÄSIDIUM MAINZ

Wo bleiben wir?

Vortrag zu Mental Load – Energiehaushalt für fast 50 Frauen Thema

Gerade in der Coronapandemie wurden die Anforderungen an Frauen mit beruflichen und familiären Pflichten für viele eine Belastung. Der Krieg in der Ukraine und der Vorfall in Kusel belasten. Was ist wichtig, um ausgeglichen zu bleiben? Was sind die Energieräuber? Was die Energiegeber? Wir alle wissen am besten, ob und wie stark wir belastet sind und ob wir einen Ausgleich benötigen. Wichtig ist, sich dies immer wieder bewusst zu machen und den eigenen Energiehaushalt in den Blick zu nehmen: Hier ist deutlich zu erkennen, dass neben der eigenen Person, der Familie und den Freunden die Vorgesetzten eine große Rolle übernehmen.

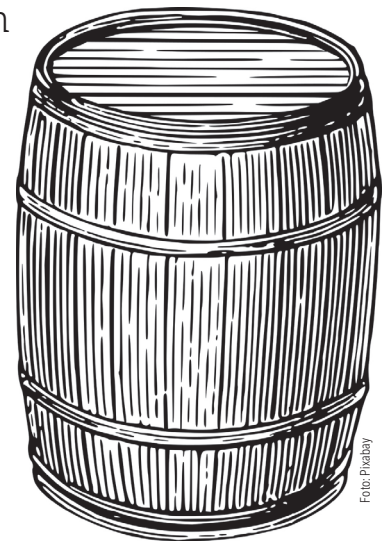


Foto: Pixabay

Achtsamkeit ist ein fortwährender Prozess, den wir nicht im Sprint, sondern auf der Langstrecke gewinnen.

Cathrin Tullius stellte einen Auszug der Informationsveranstaltung zum Thema „*Mental Load – wenn aus Belastung Überlastung wird*“ vom 18. Januar 2022 des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz vor. Bezugnehmend auf die Studie der JGU Uni Mainz von Frau Stefanie Jungmann, wurden hauptsächlich die Auswirkungen der Pandemie, einschließlich der Quarantänemaßnahmen und die Entwicklungen aufgezeigt. So beschrieben Internationale Studien in der Allgemeinbevölkerung und bei Studierenden während



Foto: PP Mainz

Cathrin Tullius

der Pandemie bei bis zu 35 Prozent psychologischen Stress, 50 Prozent Angstsymptome, 54 Prozent depressive Symptome, 24 Prozent Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung. Als besonders belastete Personengruppen wurden Frauen, Erwachsene jüngerer und mittleren Alters sowie Eltern (insbesondere Mütter, im Haushalt u. a. mit jüngeren Kinder) ermittelt.

Außerdem wurden per Mentimeter die Ideen, Anregungen und Ergänzungen der Teilnehmerinnen aufgenommen für den im Sommer neu zu erstellenden Gleichstellungsplan des PP Mainz. Durch das Instrument des Gleichstellungsplanes wird aufgezeigt, welche Maßnahmen

wir im PP Mainz für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie brauchen. Im Nachgang an die Veranstaltung besteht auch weiterhin die Möglichkeit, Beiträge per E-Mail an das funktionale Postfach ppmainz.gstb@polizei.rlp.de zu senden.

Tanja Christmann/Cathrin Tullius

UNSER MINDFUL SURVIVAL KIT FÜR DIE VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE IST GEFÜLLT MIT HILFREICHEN WERKZEUGEN.



Gegenseitige Stärkung Austausch mit Gleichgesinnten

Füllstand Deines Energiefasses regelmäßig achtsam wahrnehmen

Setz Dir zuerst Sauerstoffmaske auf bevor Du ändern hilfst



Du darfst auch **NEIN** sagen

Tätigkeit wählen die mit Freude, Leidenschaft und Deinen Werten verbunden ist

Zeit für Energietankstellen reservieren

Impulskontrolle ALI

Grafik: Cathrin Tullius



Gewerkschaft der Polizei

Leidenschaft für mehr!

Sabrina Kunz (06131) 16-3365
René Klemmer (06131) 16-3378
Steffi Loth (06131) 16-3379
Sven Hummel (06131) 16-3380
Ingo Schütte (06313) 16-3233 o. 65-3030
Gabriele Schramm (06131) 16-3381

AUS DEM HPRP

Polizeiboot kann in die Ausschreibung

Bericht zu Handlungsorientierung 18

Die Handlungsorientierung Corona wird derzeit nicht angepasst. Auch wenn es gesamtgesellschaftlich einige Veränderungen zu verzeichnen gibt. Derzeit haben die Arbeitgeber für den Gesundheitsschutz zu sorgen und das Mdi hat entschieden, aktuell aufgrund der hohen Infektionszahlen an den Regelungen festzuhalten. Erst zu Ostern wird neu entschieden. Es bleibt also bei großzügigen Regelungen zum Homeoffice, es bleibt aber auch die FFP2-Maskenpflicht. Eine Entscheidung zu der Anzahl von Schnelltests soll in der 14. KW erfolgen (ein oder zwei Tests pro Woche).

Bericht zu Fahrzeugen etc.

Es gibt aktuell mehrere Workshops zu den Anforderungen an die nächste Generation, einmal für den Funkstreifenwagen M (reduzierte Ausstattung). Hier wird darauf zu achten sein, dass auch Kameras zur Eigensicherung eingebaut werden. Zivile Fahrzeuge werden ebenfalls gerade besprochen.

Das MDM bekommt eine neue App. In Speyer und bei der PI Bad Kreuznach wird als Pilot eine Owi-App ausprobiert zur Ablösung des grünen „DEB“.

Die Arbeitsgruppe Diensthunde versucht Wege zu finden, die Schutzhunde weiter auszubilden unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Weiter geht es auch um die Frage der Anbindung des Diensthundewesens, hier könnte es eine Anbindung im PP ELT an den dortigen Präsidialstab oder an der HdP geben.

INSIDER

Virtuell in die Sitzung reingeschaltet für das Mdi Michael Thönnies, Michaela Wendekamm, Prof. Dr. Endress, Prof. Dr. Antoni. Es wird eine Umfrage geben z. B. mit der Frage, wie man im Team mit Nachbereitungen umgeht. Weiter wird es teilnehmende Beobachtungen geben, also wie z. B. mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern umgegangen wird. Hierbei wird ein Forschungstagebuch notiert, einzelne Beobachtungsprotokolle geschrieben, Gespräche dokumentiert und Dokumente erhoben. Diese Dinge werden alle nach Niederschrift gem. Datenschutzkonzept wieder gelöscht werden.

Organisationsänderung LKA

In das Dezernat 51 werden verschiedene Aufgaben verlagert bzw. dort zusammengeführt. Die Leitung und die stellvertretende Abteilungsleitung werden dem 4. EA zugewiesen, da es ein Mehr an Aufgaben geben wird.

Neufassung PDV 600

Die Bekleidung wird in diese Vorschrift aufgenommen, eine strukturierte Inventarisierung gibt es dort bereits. Insgesamt ist das Ziel, einen ordentlichen Überblick über alle Materialien zu bekommen.

Umfrage Oberbekleidung

Mit dem Vorschlag der Abschaffung der Lederjacke kam es zur Erörterung in der Bekleidungskommission. Um diese Diskussion sachgerecht zu führen, sollen zu einer Jacke und dem Hemd Umfragen bei den Anwenderinnen und Anwendern durchgeführt werden. Wegen der vielen Befragungen soll nur in zwei Präsidien (Westpfalz und Rheinpfalz) abgefragt werden.

Leistungsbeschreibung Polizeiboot

Der technische Leistungsbeschreibung zu dieser notwendigen Anschaffung wurde zugestimmt. Erforderlich wird auch die ordnungsgemäße Unterbringung der MP oder einer zukünftigen Mitteldistanzwaffe sein und ein guter Sitz für den Kapitän. ■

Schon gewählt?

Im PP Koblenz wird die Wiederholung der Personalratswahlen per Briefwahl durchgeführt. Eure Unterlagen müssen bitte bis spätestens zum 12.05.22, 13.00 Uhr zurückgesendet sein.



DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



» Zitat Sabrina Kunz:

Soziale und Innere Sicherheit bedingen einander und sind im Zusammenspiel der Erfolgsgarant für das in einer Demokratie notwendige Vertrauen der Menschen.

VIRTUELLES FORMAT

Dieser Krieg macht den Menschen Angst

In einer virtuellen Veranstaltung sind wir der Frage nachgegangen, warum der Ukraine-Krieg ein Thema für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist. Die Einschätzungen von Herrn Dr. Matthias Dembinski von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung waren hierbei sehr hilfreich. Lebhafteste Kämpferin für die Demokratie war Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die auch noch einige Vorhaben hat, um Demokratie besser erlernbar zu machen, z. B. in der Schule. Eindrückliche Erfahrungen stellte Thomas Welsch dar, der schon zum zweiten Mal mit einem LKW voll gespendeten Medikamenten etc. vor Ort war. Unsere Landesvorsitzende Sabrina Kunz machte klar, dass dieser Krieg auch ein An-

griff gegen Europa und gegen die offene Gesellschaft sei, und betont, dass die Ukrainer gerade aufzeigen, was ein legitimer, gerechter Krieg ist. Und fragt „Wer hätte das denn vor wenigen Wochen noch für möglich gehalten?“ Ihrer Meinung nach führt dies aktuell zu einem fundamentalen Umdenken in Deutschland, allen voran bei den Grünen, aber auch in der SPD. Damit die Menschen den Staat akzeptieren, sie sich also als loyale Bürgerinnen und Bürger an Recht und Ordnung halten, muss der Staat den Menschen das Versprechen für den inneren und äußeren Schutz liefern. Es muss uns wichtig sein, das zu verstehen und uns damit auseinanderzusetzen, hierfür steht die GdP. ■



Foto: Jennifer Otto

Ein Teil der Diskutanten vor Ort in Mainz in kleiner Runde: Sabrina Kunz, Sven Hummel und Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Dr. Dembinski und Thomas Welsch nahmen digital teil.

SCHWABENLAND & PSW REISEN

Partner der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg, Saarland und Rheinland-Pfalz

Auf in die türkische Ägäis

SONNE UND STRAND - POOLS UND MEER

ÄGÄIS - EPHEBUS - PAMUKKALE

ALL INCLUSIVE - INKL. FLUG - 7 NÄCHTE

ALL INCLUSIVE

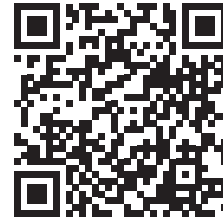
PREIS IM DZ
AB **698€** P.P.

5* Sunis Efes Royal Palace Resort & Spa Izmir - Özdere - Doppelzimmer - ALL INCLUSIVE

- » Service auf hohem Niveau
- » Kulinarische Köstlichkeiten in 5 A-la-carte-Restaurants
- » Direkt am Sandstrand mit eigener Badeplattform
- » Ruhige Lage, direkt am Strand
- » Baby- & Kinderpools vorhanden
- » Babysitter-Service buchbar

Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter*innen an 0711 40269900

Zentrale Terminal 3 - Reisemarkt, 70629 Stuttgart Flughafen
info@schwabenlandreisen.de, www.schwabenlandreisen.de

JETZT
ANMELDEN!INFOS UND ANMELDUNG
UNTER
WWW.SEMINAR-VELSPOL.DE

Bundesseminar von VelsPol: „Vielfalt macht den Job“ in Trier

Das Orgateam aus Bundesvorständen und Mitgliedern der Landesorganisation #VelsPolRP hat viele queere Themen vorbereitet und freut sich euch vom 13. bis 17. Juli 2022 in Trier begrüßen zu dürfen.

Informationen und die Anmeldung zum Seminar findet ihr unter www.seminar-velspol.de. Anmeldeschluss wird der 5. Mai 2022 sein. Wenn ihr Fragen habt, dann schreibt an info@velspol.de ■

Nachruf Astrid Clauss

Astrid Clauss ist nach langer, schwerer Krankheit von uns gegangen. Die GdP ist tief getroffen, denn unsere Astrid war über Jahrzehnte das Gesicht des DGB für die Belange der Beamtinnen und Beamten.

Als Verantwortliche der DGB Landeskommission Beamtinnen und Beamte hat Sie sich für unsere Anliegen eingesetzt. Viele Aktionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hat sie geplant und unterstützt. Sei es die Sperrung der Rheinbrücke, um gegen die Kleinstaaterei in der Besoldung vorzugehen. Oder die Weihnachtsmannaktion gegen die Streichung des sogenannten Weihnachtsgeldes.

Viele Demonstrationen der Beamtenschaft zur Unterstützung der Gewerkschaften im Tarifstreit trugen ihre Handschrift.

Für die GdP hatte Sie immer ein offenes Ohr. Wann immer wir die Unterstützung des DGB brauchten, war ihr „Ich sag mal so: Für meine Lieblingsgewerkschaft kriegen wir das hin!“ zu hören. In vielen Diskussionen und Verhandlungen mit der Landesregierung konnten wir uns auf unsere Astrid verlassen.

Die Sozialdemokratin war Fraktionsvorsitzende beim Ortsbeirat Mainz-Neu-



Foto: Steffi Lahn

Astrid Clauss in ihrem Element, bei der Demo in Mainz zu den Tarifverhandlungen #her mit mehr 2019

stadt, führte bis zuletzt Beratungsgespräche für Rentnerinnen und Rentner. Im November 2021 verlieh ihr Ministerpräsidentin Malu Dreyer den Landesverdienstorden, die höchste Auszeichnung des Landes.

Auszug aus der Ehrung in der Staatskanzlei: „Astrid Clauss hat sich während ihres gesamten Arbeitslebens, aber vor allem auch in ihrem ehrenamtlichen Engagement für die Belange der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie für die Gleichstellung von Mann und Frau eingesetzt. Über drei Jahrzehnte war sie die beamtenpolitische Stimme des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die über Partei- und Ministeriumsgrenzen hinweg große Anerkennung gefunden hat. Mit ihrem Expertenwissen und ihrer guten Vernetzung hat sie sich konsequent für eine verbesserte Besoldungspolitik, Arbeitszeitreduzierung, Arbeitszeitsouveränität und mehr personalvertretungsrechtliche Mitbestimmung eingesetzt.“

Darüber hinaus engagiert sie sich unter anderem als ehrenamtliche Richterin am Arbeitsgericht und Sozialgericht Mainz sowie am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz. Sie ist zudem als ehrenamtliche Versichertenberaterin für die Deutsche Rentenversicherung tätig.“

Astrids Stimme ist nun für immer verstummt. Wir werden Astrid sehr vermissen und ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Heinz Werner Gabler



Geburtstage

70 Jahre

Rolf Hoffeld, KG Vorderpfalz
Werner Pohl, KG PP/PD Koblenz
Willi Rapp, KG Südpfalz
Gisbert Müller, KG Vorderpfalz

75 Jahre

Siegfried Rothert, KG Vorderpfalz
Marianne Citius, KG PP/PD Koblenz

80 Jahre

Ludwig Seitz, KG PP ELT WSP
Reinhold Dahm, KG PP Trier
Wolfgang Menzel, KG PP/PD Koblenz

Ruheständler

Bernhard Arnold, KG PP Westpfalz
Thomas Lüpke, KG Westerwald/Rh.-Lahn
Frank Ortlieb, KG PD Neustadt
Michael Schneider, KG PP/PD Koblenz
Elisabeth Ott, KG PP Westpfalz

Sterbefälle

Hans Hermann Wagner,
KG Westerwald/Rhein-Lahn, 68 Jahre

Johannes Schuster,
KG PD Mayen, 80 Jahre

Harald Heinrich,
KG PD Pirmasens, 70 Jahre

Harry Zeuner
KG Mainz, 88 Jahre